

Monatsbrief April 2026

Liebe Mitglieder, Freunde und Förderer,

der März brachte mehr als der Merz. Für uns war er ein Erfolgsmonat, denn: Wir haben uns in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz auf rund 20% verdoppelt. Auch die Kommunalwahlen in Hessen, Bayern und Teilen des Saarlandes gingen für uns gut aus.

Aber nicht nur das, denn auch positive Gerichtsurteile zu Verlautbarungen von Verfassungsschutzämtern über die AfD wurden von Gerichten zurückgewiesen. Zu guter Letzt hat auch Dr. Vossgerau wieder einen Prozess gegen Correctiv wegen dem Potsdam-Treffen gewonnen und die Brandmauer im EU-Parlament bröckelt.

All das gibt unserer Partei viel Auftrieb, den wir für einen erfolgreichen Wahlkampf nutzen werden. Da ist es gut, dass wir über die Osterfeiertage entspannt im Kreise unserer Lieben viel Kraft schöpfen können.

Wir wünschen Ihnen nun viel Freude beim Lesen und schöne Osterfeiertage.
Ihr Kreisvorstand

Inhalt:

1. Aus dem Kreistag
2. Kolumne von Arndt Zedef
3. Buchtipps des Monats
4. Zu guter Letzt

1. Aus dem Kreistag

22.03.2026 Kreistag Stade: „Unsere Demokratie“ in Gefahr?

Pressemitteilung

Zur Kreistagssitzung in Stade am 16.03.2026, Tagesordnungspunkt Ö 18:

2026/2646 Gemeinsamer Antrag der Kreistagsfraktionen CDU, SPD, BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN, FWG, FDP, DIE LINKE. betr. „Aussetzung der Mediathek des Livestreams“ vom 11.03.2026

Was sich hier so harmlos und unscheinbar liest, hat es in sich und zeigt überdeutlich, welchen Stellenwert die freie, uneingeschränkte Berichterstattung über öffentliche Sitzungen des Kreistages bei den Antragstellern einnimmt.

Der Stader Kreistag hatte unlängst einstimmig beschlossen, Videoaufzeichnungen der Sitzungen online zu stellen und in einer Mediathek abrufbar zu machen, damit die öffentlichen Sitzungen für die Bürger einfacher und umfassender zugänglich sind. Eine sehr gute Idee, die die Zustimmung aller Fraktionen gefunden hatte.

Die AfD-Fraktion hat dann diese Videoaufzeichnungen sehr erfolgreich genutzt und die Reden ihrer Abgeordneten ungeschnitten auf den eigenen Social-Media-Kanälen öffentlich gemacht. Diese Praxis wurde durch die Verwaltung des Landkreises unter Androhung einer extrem hohen Geldstrafe und sogar Gefängnis unterbunden, obwohl keine Verletzung von Persönlichkeitsrechten anderer Abgeordneten vorlag. Eine angebliche Verletzung des Urheberrechtes wurde daher als Begründung genannt.

Die Reaktion der AfD-Fraktion war schnell, effektiv und für die Steuerzahler kostenfrei. Der Ausweg war die Verlinkung von den eigenen Kanälen zur Mediathek der Kreisverwaltung. Diese Praxis führte dann zu dem oben genannten gemeinsamen Antrag der Parteien die „Unsere Demokratie“ schützen wollen.

Haben diese Leute ernsthaft und tatsächlich geglaubt, dass sie mit so einem „Antrag“ die Öffentlichkeit von einer öffentlichen und ungefilterten Berichterstattung abschneiden können? Im Ergebnis haben diese Demokraten sich lächerlich gemacht und den Bürgern gezeigt, was sie von der selbst gepredigten Bürgernähe und Transparenz tatsächlich halten.

Die Reden der AfD-Abgeordneten auf der Sitzung am 16.03.2026 wurden deshalb von einem externen Presseteam aufgezeichnet. Landrat, Verwaltung und die anderen Fraktionen konnten dieses nicht verhindern, ohne einen glatten Rechtsbruch zu riskieren. Der eigentliche Grund für dieses fragwürdige Verhalten der Altparteien ist für jeden deutlich erkennbar: Die zu diesem Thema online gestellte Rede des AfD-Kreistagsabgeordneten Maik Julitz hatte in wenigen Stunden über 40Tausend Zuschauer. Genau das ist das Problem für „Unsere Demokratie“, denn für die Reden ihrer Abgeordneten scheint sich kaum jemand zu interessieren.

Dann noch einige Worte zu den Berichten der Lokalpresse. Das Stader Tageblatt titelte: „Stader Kreistag: Abgeordnete wehren sich gegen AfD-Aufnahmen“. Man hätte es auch anders schreiben können: Stader Kreistag: Die Abgeordneten, außer denen der AfD, wehren sich gegen die Veröffentlichung ihrer Redebeiträge. Weiteres Zitat Tageblatt: Seefried (Landrat, CDU) warf der AfD Missbrauch vor und drohte: „Wenn Sie weiter stören und die Sitzung behindern, mache ich von meinem Hausrecht Gebrauch und werfe Sie raus.“ Er bedauerte, den Abgeordneten in dieser Sitzung keinen besseren Schutz bieten zu können. Auch hier wieder das altbekannte Muster: Drohen aber nicht umsetzen können. Das mag in einem Kindergarten funktionieren, in einem Kreistag mit AfD-Abgeordneten klappt das nicht. In einem Punkt hat der Landrat allerdings Recht. Die AfD-Abgeordneten „stören“. Sie stören, weil sie ihm und den anderen Parteien auf die Finger schauen.

Die Kreiszeitung (Wochenblatt) wählte folgende Schlagzeile: „AfD bricht Regeln und sieht sich als Opfer“. Dazu passt dann besonders gut die Erkenntnis des Redakteurs im letzten Absatz des Artikels, Zitate: „Die Entscheidung, die Mediathek auszusetzen, trifft am Ende nicht nur die AfD, sondern auch die Bürger. Die AfD wird die Entscheidung mit Sicherheit ausschlagen.....“. Richtig erkannt, lieber Redakteur, die Bürger sind das Opfer! Sie sind, genau wie die AfD, allerdings nicht wehrlos. Die Quittung dafür gibt es bei der Kommunalwahl im September.

Helmut Wieggers, AfD Kreisverband Stade, Pressesprecher

Rede des Kreistagsabgeordneten Maik Julitz zum Thema auf Tiktok

2. Kolumne von Arndt Zedef

Sozialismus heute: Droht ein Zwergenaufstand?

Jung-Siegfried war der klare Sieger. Er holte das Land der Väter zurück zu den Seinen. Doch für die Zwerge, die einst Riesen waren, war es dieses Jahr schon die zweite Niederlage und noch drei weitere schwere Niederlagen drohen im Herbst.

Was war passiert?

Wir schreiben das Jahr 2026, das 21. Jahr der merkelschen Reise in den Sozialismus. Diesmal war die CDU einer der beiden Sieger mit Stimmenzuwächsen der Landtagswahl in Rheinland-Pfalz. Die SPD verlor deutlich an Stimmen, somit den Titel „stärkste Partei“ und damit auch den Anspruch auf den Ministerpräsidenten-Posten. Im Gegensatz zu Baden-Württemberg, hier war Anfang März Landtagswahl und die SPD erreicht nur 5,5% der Stimmen, erreichte sie in Rheinland-Pfalz trotz der Verluste noch über 20% der Stimmen. Doch der Trend ist klar: Nicht nur im Osten, sondern nun auch immer mehr im Westen verliert die SPD stark an Zustimmung. Eine aktuelle Umfrage (Sonntagsfrage zur Bundestagswahl) sieht die SPD nur bei 13%.

Was wird nun folgen?

Die SPD wird nun den Zwergenaufstand in der kleinen Koalition aus CDU und SPD versuchen und auf einen schwachen Merz treffen. Dann heißt es für die SPD und die CDU noch schneller in die falsche Richtung laufen und sich noch mehr wundern, warum die Wahlergebnisse immer schlechter werden.

Mein Rat, umkehren wie einst Gerhard Schröder mit den Hartz-Gesetzen.

Noch besser: Das AfD-Sofortprogramm lesen und gemeinsam mit der AfD umsetzen.

Sozialismus heute: Wahlanalyse

Die SPD verliert Wahl um Wahl und wundert sich.

Woran hat es gelegen?

Manche sagen oder schreiben, es lag an den Korruptionsvorwürfen, da freigestellte Mitarbeiter der Ministerien trotz Freistellung für Parteiarbeit befördert wurden bzw. Ansprüche auf eine Pension erwarben.

Doch das Problem liegt tiefer, denn zu Zeiten des letzten Sozialdemokraten in der SPD, also vor 2005, als noch Gerhard Schröder Kanzler war, da erreichte die SPD bei Bundestagswahlen noch Ergebnisse deutlich über 30%. Letztes Jahr waren es nur 16,4% und der Umfragetrend geht weiter nach unten – aktuell 13% laut letzter Wahlumfrage.

Doch was sind die wahren Ursachen?

Die SPD hat seit 2005 sukzessive die Sozialdemokraten aus ihrer Partei gedrängt, sie mundtot gemacht und allein den Sozialisten Raum und Stimme gegeben.

Die sozialdemokratischen Wähler haben daraufhin geschaut, wohin sie gehen können, wer ihre Interessen vertritt. Dabei haben sie mit der Alternative für Deutschland eine Alternative für Sozialdemokraten entdeckt. Die Arbeiterschaft wählt nun von Wahl zu Wahl immer mehr AfD, engagiert sich in der AfD oder kandidiert sogar für unsere Partei. Dadurch wurde die AfD nicht zu einer Arbeiterpartei, aber zu einer Partei für alle Arbeiter, denn nur sie vertritt die Interessen der Arbeitnehmer. Die AfD setzt sich ein für starke Unternehmen die sicheren und gut bezahlte Arbeitsplätze bieten.

Damit das gelingt, setzt sich die AfD für günstige und sichere Energie (russisches Gas, Kernkraft), Abbau von Ideologie (Lieferkettengesetz, Heizhammer Gebäudeenergiegesetz) ein.

Sozialismus heute: Transparenz für die Bürger

Die sozialistischen Parteien von Die Linke (ehem. Mauerschützenpartei SED), Grüne, SPD und CDU wollen immer wieder die AfD stellen, damit die Bürger erkennen, was sie mit der AfD vor sich haben. Stellen heißt dabei, dass die Bürger hautnah erfahren sollen, was die AfD für eine Politik möchte und was deren Abgeordneten sagen. Der Wunsch dieser Parteien ist, dass die Bürger die Schwächen der AfD und deren Argumente kennenlernen und daraus den Schluss ziehen, welche Partei eine gute Wahl ist.

Um das zu erreichen ist Offenheit und Transparenz notwendig. Am besten ist es, wenn die Bürger direkt Reden der Abgeordneten im Kreistag miterleben oder nachhören können. Noch besser ist es, wenn sie dabei direkt und ohne Zeitverzug sich die AfD-Reden anhören können. Nur dann, so diese Parteien, können die Bürger schnell und sofort erkennen, was es bedeuten würde, wenn die AfD in Regierungsverantwortung kommt.

Nun hat die AfD-Fraktion im Landkreis Stade den Gedanken dieser Parteien aufgenommen und die eigenen Reden direkt auf den Kanälen der AfD zugänglich gemacht. Logisch, dass nun alle Parteien jubeln müssten, da nun jeder Bürger schnell sich alle AfD-Reden ansehen und diese für sich bewerten kann.

Doch was ist der Fall?

Die sozialistischen Parteien von Die Linke bis CDU sind samt dem Landrat unzufrieden. Man könnte sogar meinen, sie seien sauer, denn sie wollen diese Transparenz verhindern. Wovor haben diese Parteien so viel Angst?

Sie wollten doch immer die AfD stellen, die schlechten Argumente offenlegen und damit die AfD bloßstellen. Wenn ich die panische Angst der anderen Parteien vor einer Veröffentlichung der AfD-Reden betrachte, so drängt sich mir der Verdacht auf, dass sie vor den guten Argumenten und den klugen Gedanken der AfD-Abgeordneten Angst haben. Vor guten Argumenten Angst haben brauchen aber nur Parteien mit weniger guten Argumenten und Ideen. Genau das ist der Grund, warum die anderen Parteien so viel Furcht vor der Veröffentlichung von Reden von AfD-Abgeordneten haben.

Transparenz und Öffentlichkeit sieht anders aus!

Sozialismus heute: Angst geht um

Landauf landab betonen die Parteien von „Unsere Demokratie“ immer, dass Hass keine Meinung sei, dass die AfD keine Argumente habe, dass man die AfD stellen müsse. Das geht nur, wenn einem möglichst breiten Publikum die Redebeiträge der AfD-Fraktion möglichst mit direktem Zugriff zur Verfügung stehen. Eigentlich hat also die AfD-Fraktion den anderen Parteien einen riesigen Gefallen getan. Jeder kann nun die AfD-Reden direkt sich anhören und eine Meinung bilden. Die AfD kann nichts dagegen tun, denn ihre Reden sind auf ihren Kanälen nun öffentlich zugänglich.

Doch was tun die sozialistischen Parteien von Die Linke (vormals Mauerschützenpartei SED) bis CDU?

Sie wollen genau diese Öffentlichkeit der Redebeiträge der AfD-Abgeordneten verhindern. Haben die Altparteien Angst, dass die Bürger erkennen,

- dass die AfD eine Partei des Grundgesetzes und der Bürgerrechte ist?
- dass die AfD eine Partei der Arbeitnehmer, der Liberalen, der Patrioten, der Unternehmer ist?
- dass die AfD sich für alle in Deutschland lebenden rechtschaffenden, fleißigen und gut integrierten Ausländer und Migranten mit deutschem Pass einsetzt?
- Dass die AfD das Zeug hat Deutschland wieder frei, sicher und wohlhabend zu machen?

- Die Altparteien sind nicht dumm, denn genau das haben sie erkannt und genau davor haben sie riesige Angst!

EU aktuell: Jeder kann einmal einen Fehler machen

EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen hat uns viel Leid gebracht (Green Deal, Corona-Gentechnik-Spritze u.v.m.). Doch nun überrascht sie uns mit ihrer Aussage zur Kernenergie. Sie sagte vor wenigen Tagen, dass der Ausstieg aus der Kernenergie ein strategischer Fehler war. Es ist immer gut, wenn Politiker eine Entscheidung überdenken und nach reiflicher Überlegung diese nicht nur als falsch erkennen, sondern das auch aussprechen.

Friedrich Merz, Bundeskanzler, ist noch nicht so weit. Er spricht lieber von irreversibel. Interessant, ein neues Wort – nicht mehr alternativlos, sondern irreversibel. Doch wie bei „Raider ist jetzt Twix, sonst ändert sich nix“ ist das nur alter Wein in neuen Schläuchen. Er hat einfach nicht die Kraft Lars Klingbeil zuzumuten, dass der Kanzler die Richtlinienkompetenz hat und dass Deutschland nun die Wiederinbetriebnahme der Kernkraftwerke braucht.

Markus Söder, bayerischer Ministerpräsident, ist da schon einen Schritt weiter. Er will zumindest Forschung und Entwicklung von Kernkraftwerken als Kleinkraftwerke (Small modular Reactors) fördern.

Ist der Bau von irgendwann einmal 1.000 Minikernkraftwerken der richtige Weg?

Nein. Wir brauchen zügig günstigen und sicheren Strom und dafür die Reaktivierung der bestehenden Kernkraftwerke. 9 der 17 Kernkraftwerke können reaktiviert und so innerhalb von 3 bis 6 Jahren zur Stromerzeugung gebracht werden.

Die Reaktivierung aller Kernkraftwerksstandorte ist wichtig und richtig, da dort alle Genehmigungen vorliegen, alle Leitungen und Zugangswege und vielfach kaum rückgebaute oder zerstörte Anlagen noch vorhanden sind. Small modular Reactors (SMR) sind danach eine ideale Ergänzung für weiteren Bedarf, z.B. für KI-Rechenzentren. Auch können sie aufgrund ihrer Kompaktheit unterirdisch verbaut werden.

Jetzt die Kernkraft reaktivieren sichert unsere Energieversorgung zu günstigen Preisen und schafft Versorgungssicherheit, da wir im Erzgebirge sogar eigene Uranvorkommen haben. Wenn Merz und Söder zu schwach für eine solche kluge Entscheidung sind, dann brauchen wir dringend Dr. Alice Weidel ins Kanzleramt.

Sozialismus heute: Jeder kann einmal einen Fehler machen

Richtig, wer handelt, der macht auch Fehler. Wichtig ist dabei, dass die Fehler nicht zu schwerwiegend sind und dass sie nicht wiederholt werden. Das gilt auch für Politiker.

Traurig ist es, wenn ein Spitzenpolitiker immer wieder den gleichen Fehler macht.

Friedrich Merz und seine CDU hatten bzw. haben es nun zum zweiten und dritten Mal in der Hand. Sie können mit den Grünen (Baden-Württemberg) bzw. der SPD (Rheinland-Pfalz) oder mit der AfD koalieren. Die CDU könnte mit dem Verweis auf die jeweils andere Alternative den jeweiligen möglichen Koalitionspartner viele Kompromisse für den Koalitionsvertrag abverlangen. Doch was tut sie – sie gibt alle Trümpfe aus der Hand und will eine Verhandlung mit der AfD noch nicht mal erwägen.

Kein Wunder, dass die Grünen und die SPD keine Kompromisse anbieten brauchen und so die CDU den Sieg verschenkt. Kluge Politik sieht anders aus!

Sozialismus heute: Vorteile der Vielfalt

Vorteile der Vielfalt kann ernten, wer um sich eine Vielfalt der Stärken versammelt. Eine reine Vielfalt der Herkunft, der sexuellen Orientierung oder der Religion bringt keine Vorteile. Doch der EU-Kommission geht es gar nicht um Vielfalt, sondern um Einheitlichkeit. Zugegeben, gewisse Kostenvorteile bringt eine Vereinheitlichung in Europa z.B. über Normen für Stromstecker. Wer aber darüber hinaus Bildungssysteme (Bologna-Prozess), Produktionsprozesse (CO₂-Vermeidung) oder Produktausgestaltungen (Elektroauto), der Meinungen (Digital Service Act) u.v.m. vereinheitlichen will, der geht den falschen Weg.

Der richtige Weg heißt Wettbewerb, Wettbewerb der Bildungssysteme, der Produktionsarten, der Produktbeschaffenheit und der besten Ideen sind nur einige Beispiele. Dazu ein Blick in die Geschichte:

Europäische Staaten haben die großen Staaten wie das Inka-Reich, das Azteken-Reich, das Mogulreich in Indien und das Kaiserreich China überflügeln können, obwohl diese viel größer als jeder europäische Staat waren. Der Fehler all dieser großen Reiche war, dass sie zentralistisch regiert wurden. Zudem haben sie ihre kleineren Nachbarn dominiert und so gab es keinen Wettbewerb unter den jeweiligen Staaten. Die Folge war, dass diese Reiche alle von kleinen europäischen Streitkräften erobert oder dominiert werden konnten. Die europäische Waffentechnik war aufgrund der großen Konkurrenz in Europa viel besser und führte daher zu mehr Innovationen. Kleine Staaten überleben nur, wenn sie innovativer und flexibler als ihre großen Nachbarn sind. Große Staaten überleben nur, wenn sie einen zumindest nahezu ebenbürtigen Konkurrenten haben. Ein gutes Beispiel dafür ist das Oströmische Reich, denn es hatte mit Persien einen ebenbürtigen Gegner und überlebte so 1.000 Jahre länger, als das Weströmische Reich. Daher geht die EU-Kommission auch den falschen Weg: Wir brauchen nicht mehr Bürokratie und Vorgaben, sondern mehr Freiheit, Unternehmertum, Wettbewerb und niedrigere Steuern. Dann klappt es auch wieder mit dem Wirtschaftswachstum.

Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz haben gewählt

Die Wahlen zu den beiden Landtagen sind erfolgt. Die AfD hat sich als echte Alternative erwiesen und in beiden Bundesländern sich rund verdoppelt und rund 20% der Stimmen erreicht. Das gleiche gilt für die Kommunalwahlen in Bayern, Hessen und Teilen des Saarlandes. Wir sind noch nicht am Ziel, aber der Weg ist richtig und das Ziel haben wir fest im Blick.

Dabei zeigt sich immer mehr, dass wir die Partei der Arbeiter, der Arbeitnehmer und der Jugend sind. Sie alle sehen jeden Tag abseits aller Propaganda der öffentlich-rechtlichen Medien die Wirklichkeit. Sie können die Wirklichkeit und deren Folgen gut abschätzen und erkennen ihre Alternative, denn für sie gibt es nur eine Alternative für Deutschland.

Dazu passt auch:

Dem Bundesverfassungsschutz und dem Landesverfassungsschutz Niedersachsen wurden Behauptung gerichtlich untersagt. Es ging um die Einstufung der AfD als gesichert rechtsextrem. Doch es fehlte den Verfassungsschützern zwar nicht an Papier, dem Papier jedoch fehlte es an Substanz, denn sie konnten keinerlei Beweise vorlegen, die ihre These begründeten.

Prozess gegen Deutschland – Harald Martenstein & Milko Murat

Das Thalia-Theater veranstaltete ein Schauspiel in dem ein fiktiver Prozess gegen die AfD gespielt wurde. Statt Schauspielern sollten reale Akteure zum Einsatz kommen. So auch eine Staatsanwältin und eine Richterin. Neben fiktiven Anklägern und Zeugen, gab es auch Verteidiger der AfD.

Zwei will ich herausgreifen:

Harald Martenstein legte in hervorragenden Beispielen klar, dass die AfD weder rassistisch, noch nationalsozialistisch, noch antidemokratisch ist. Ebenfalls hervorzuheben ist der Redebeitrag von Milko Murat. Ihm wurde, von der Richterin Frauenfeindlichkeit unterstellt, weil er angesichts von unhaltbaren Behauptungen der Staatsanwältin zu diesen freundlich nachfragte. Beide Reden zeichneten sich durch Sachlichkeit, Ausgewogenheit und prägnante Sprache aus. Diese Reden waren so gut, dass sie sogleich aus dem offiziellen Video des Thalia-Theaters gelöscht wurden.

Tichy führte hinterher ein Interview mit Milko Murat. Die Martenstein-Rede ist noch z.B. über X auf dem Account von Beatrix von Storch aufrufbar. Da die Besucher überwiegend sozialistisch angehaucht waren, gingen sie angesichts der beiden Beiträge sehr verstört aus dem Theater. Die Realität hatte sie umzingelt und das war für sie schwer zu ertragen. Die Auftritte der Richterin und der Staatsanwältin erinnerten mich an sowjetische Schauprozesse oder mittelalterliche Hexenprozesse – ich hatte den Eindruck, dass ihr Urteil schon feststand.

Urteile über Urteile

Vor Gericht ist man wie auf hoher See, in Gottes Hand. Kein Problem für uns, denn wir sind überwiegend gläubige Christen – auch wenn viele von uns aus bekannten guten Gründen nicht mehr Mitglied in einer der beiden woken Kirchen sind.

So begrüßen wir die aktuellen Urteile zum Potsdam-Treffen, welches Correctiv gegen Prof. Vosgerau verloren hat und die beiden Urteile gegen den Bundesverfassungsschutz und den Landesverfassungsschutz Niedersachsen. Dies sind zwei wichtige Gerichtsverfahren, welche die AfD gewonnen hat.

Sozialismus heute: Collien Fernandes

In den Medien ist zu lesen und zu hören, dass Collien Fernandes Vorwürfe gegen ihren Ex-Ehemann erhebt. In einem Spiegel-Bericht wird über Telefonsex und mit KI erzeugte Erotikfotos geschrieben. Die Fotos sollen ohne ihre Einwilligung erstellt und versandt worden sein. Der Text legt den Verdacht nahe, dass es wohl der Ex-Ehemann gewesen sein müsse. Doch bei genauem Lesen des Textes wird klar, dass hier vieles unklar ist. Insgesamt erscheint es trotz der Unklarheit so, als ob der Ex-Ehemann alle Taten begangen habe. Auch soll es ein Geständnis des Ex-Ehemannes aus 2024 geben, doch mit welchem konkreten Inhalt?

Das hört sich nicht gut an, aber wo bleiben die Anklage, das Gerichtsverfahren, die Beweise? Wo sind sie?

Stattdessen:

Ruckzuck gab es eine Demonstration, auf der eine Aktivistin forderte, dass der Ex-Ehemann an den Zehen aufgehängt und öffentlich kastriert werden solle. Nieder mit dem Patriarchat und keine Unschuldsvermutung hieß es unter anderem. Sogleich wurde eine Klarnamenpflicht im Internet gefordert, die alle Probleme lösen könne. Auch stellte eine Rechtsanwältin klar, dass eine virtuelle Vergewaltigung vorliegen würde und diese

genauso schlimm wie eine reale Vergewaltigung sei.

Was lässt sich dazu sagen?

Die 13-jährige Tochter der beiden Ex-Eheleute tut mir leid, denn es ist sowohl schlimm, wenn ihr Vater z. B. die Bilder in Umlauf gebracht hat, wie auch, wenn die Mutter alles oder einiges nur erfunden hat.

Für den Beschuldigten muss in jedem Fall die Unschuldsvermutung gelten.

Wichtiger als die lauten Töne auf den Demonstrationen, den Fernsehauftritten und den Pressemitteilungen zu dem Thema sind die leisen Töne.

Was sind die leisen Töne?

Ich stelle mir die Frage, warum gerade jetzt, wo doch ihr Ex-Ehemann ihr schon 2024 seine Taten gestanden hat.

Ich stelle mir die Frage, wie so schnell eine Demonstration mit mehreren tausend Teilnehmern, sogar inklusive Luisa Neubauer, zustande kam und warum die SPD-Justizministerin schon einen Gesetzentwurf zu diesem Fall vorlegt. Pikant an dem Gesetzentwurf ist, dass dieser weit über den Fall hinausgeht und jegliche Verfremdung von Bildern von Personen auch ohne Veröffentlichungsabsicht unter Strafe stellt. Droht hier die Staatsaufsicht über jeden Computer und jedes Handy?

Mein Verdacht:

Ablenkung! Ablenkung von der echten Vergewaltigung einer jungen Kurdin durch mutmaßlich mehrere junge Araber, die ihr Opfer auch noch mit dem Vergewaltigungsvideo erpresst haben sollen. Alles geschehen in einem Berliner Jugendtreff. Doch zur Anzeige wegen Vergewaltigung und Erpressung kam es zu lange nicht, da die junge Kurdin Angst hatte und wohl auch die Leitung des Jugendtreffs und höhere Stellen Angst hatte, dass die jungen Araber durch eine Anzeige stigmatisiert werden würden. Die Herkunft der Täter führte zur Vertuschung.

Vielleicht ging es auch um Ablenkung von den für die Grünen und die SPD verlorenen Landtagswahlen. Ablenkung von den realen 2 Gruppenvergewaltigungen pro Tag in Deutschland.

Oder ging es um Ablenkung von den tausenden Vergewaltigungen in Deutschland pro Jahr durch Migranten mit islamischem Glauben.

Wir lassen uns nicht ablenken, wir legen den Finger in die Wunde und weisen unabhängig von Rasse, Religion und Herkunft auf alle Straftaten hin und wollen eine zügige Anklage, ein faires Verfahren (auch für die Opfer muss es fair sein) und ein angemessenes Urteil. Kurz, wir wollen die volle Wiederherstellung unseres Rechtsstaates!

Dafür brauchen wir nur die zügige und korrekte Anwendung des Rechts, nicht aber eine Klarnamenpflicht im Internet oder die geplante Gesetzesverschärfung.

Sozialismus heute: Collien Fernandes

In den Medien ist zu lesen und zu hören, dass Collien Fernandes Vorwürfe gegen ihren Ex-Ehemann erhebt. In einem Spiegel-Bericht wird über Telefonsex und mit KI erzeugte Erotikfotos geschrieben. Die Fotos sollen ohne ihre Einwilligung erstellt und versandt worden sein. Der Text legt den Verdacht nahe, dass es wohl der Ex-Ehemann gewesen sein müsse. Doch bei genauem Lesen des Textes wird klar, dass hier vieles unklar ist..

Insgesamt erscheint es trotz der Unklarheit so, als ob der Ex-Ehemann alle Taten begangen habe. Auch soll es ein Geständnis des Ex-Ehemannes aus 2024 geben, doch mit welchem konkreten Inhalt?

Das hört sich nicht gut an, aber wo bleiben die Anklage, das Gerichtsverfahren,

die Beweise? Wo sind sie?

Stattdessen:

Ruckzuck gab es eine Demonstration auf der eine Aktivistin forderte, dass der Ex-Ehemann an den Zehen aufgehängt öffentlich kastriert werden solle. Nieder mit dem Patriarchat und keine Unschuldsvermutung hieß es unter anderem. Sogleich wurde eine Klarnamenpflicht im Internet gefordert, die alle Probleme lösen könne. Auch stellte eine Rechtsanwältin klar, dass eine virtuelle Vergewaltigung vorliegen würde und diese genauso schlimm wie eine reale Vergewaltigung sei.

Was lässt sich dazu sagen?

Die 13-jährige Tochter der beiden Ex-Eheleute tut mir leid, denn es ist sowohl schlimm, wenn ihr Vater z.B. die Bilder in Umlauf gebracht hat, wie wenn die Mutter alles oder einiges nur erfunden hat.

Für den Beschuldigten muss in jedem Fall die Unschuldsvermutung gelten. Wichtiger als die lauten Töne auf den Demonstrationen, den Fernsehauftritten und den Pressemitteilungen zu dem Thema sind die leisen Töne.

Was sind die leisen Töne?

Ich stelle mir die Frage, warum gerade jetzt, wo doch Ihr Ex-Ehemann ihr schon 2024 dTaten gestanden hat.

Ich stelle mir die Frage, wie so schnell eine Demonstration mit mehreren tausend Teilnehmer sogar inklusive Luisa Neubauer zustande kam und warum die SPD-Justizministerin schon einen Gesetzentwurf zu diesem Fall vorlegt. Pikant an dem Gesetzentwurf ist, dass dieser weit über den Fall hinausgeht und jegliche Verfremdung von Bildern von Personen auch ohne Veröffentlichungsabsicht unter Strafe stellt.

Mein Verdacht:

Ablenkung! Ablenkung von der echten Vergewaltigung einer junge Kurdin durch mutmaßlich mehrere jungen Araber, die ihr Opfer auch noch mit dem Vergewaltigungsvideo erpresst haben sollen. Alles geschehen in einem Berliner Jugendtreff. Doch zur Anzeige wegen Vergewaltigung und Erpressung kam es nicht, da die junge Kurdin Angst hatte und die Leitung des Jugendtreffs Angst hatte, dass die jungen Araber durch eine Anzeige stigmatisiert werden würden. Die Herkunft der Täter führte zur Vertuschung.

Vielleicht ging es auch um Ablenkung von den für die Grünen und die SPD verlorenen Landtagswahlen. Ablenkung von den real 2

Gruppenvergewaltigungen pro Tag in Deutschland.

Oder ging es um Ablenkung von den tausenden Vergewaltigungen in Deutschland pro Jahr durch Migranten mit islamischen Glauben.

Wir lassen uns nicht ablenken, wir legen den Finger in die Wunde und weisen unabhängig von Rasse, Religion und Herkunft auf alle Straftaten hin und wollen eine zügige Anklage, ein faires Verfahren (auch für die Opfer muss es fair sein) und ein angemessenes Urteil. Kurz, wir wollen die volle Wiederherstellung unseres Rechtsstaates!

Dafür brauchen wir nur die zügige und korrekte Anwendung des Rechts, nicht aber eine Klarnamenpflicht im Internet oder die geplante Gesetzesverschärfung.

Sozialistische Gedankensplitter

Aktuelle Forderungen der SPD-CDU-Koalition sind:

- Abschaffung der kostenfreien Mitversicherung von nicht berufstätigen Ehegatten in der Kranken- und Pflegeversicherung des gesetzlich versicherten anderen Ehegatten. Der Beitrag für den nicht berufstätigen Ehegatten soll 250 Euro pro Monat betragen.
- Erhöhung der Mehrwertsteuer von 19% auf 21%.
- Erhöhung des Eingangssteuersatzes in der Einkommensteuer von 14% auf 19%
- Erhöhung des Spitzensteuersatzes der Einkommensteuer von 42% auf 49%, welcher schon ab 80.000 € zu versteuerndem Einkommen pro Jahr gelten soll.
- Erhöhung des Rentenalters auf 70 Jahre.

Auch aus dem Investitions-Sondervermögen stammendes Geld wurde gemäß Prüfberichten von zwei Wirtschaftsforschungsinstituten zu 80 bis 95% nicht für Investitionen verwendet. Ist das nicht Veruntreuung?

Fazit:

Egal, ob Sonderschulden genannte investitions-Sondervermögen, ob 1.000 Mrd. Euro Rekordsteuereinnahmen – SPD und CDU kommen mit keiner Summe aus. Die Infrastruktur verfällt trotzdem weiter, die Wirtschaft investiert lieber im Ausland, als in Deutschland und junge Menschen denken wie in den letzten Jahren der „DDR“ über Republikflucht nach.

Für Firmen gibt es schon eine Bundesfluchtsteuer (§ 6 AStG) – wann wird eine neue Mauer um Deutschland gebaut (nicht um Migrationswillige draußen, sondern um die Deutschen drinnen zu halten)?

3. Buchtipp des Monats

Mein Buch zur Nacht – monatliche Leseempfehlung



Einmal monatlich landet ein politisches Buch auf meinen Nachttisch als Schlaflektüre. Im März habe ich das Werk „**Die Friedensprophetin**“ von Irina-Maria Hedrich ausgewählt.

Hil Arion

Irina-Maria Hedrich: „Die Friedensprophetin“ – eine Erinnerung an die Verantwortung des Einzelnen

Es gehört zu den Eigentümlichkeiten unserer Gegenwart, dass der Begriff des Friedens zwar häufig bemüht wird, die Bereitschaft zum offenen Gespräch jedoch zunehmend schwindet. Öffentliche Debatten verlaufen oft entlang verhärteter Linien; moralische Gewissheiten treten an die Stelle geduldiger Verständigung. In diese Atmosphäre hinein setzt Irina-Maria Hedrich mit ihrem Buch *Die Friedensprophetin* einen bemerkenswerten Akzent.

Hedrich ist vielen unserer Leser bereits als engagierte Mitstreiterin bekannt. Ihr Buch versteht sich weniger als literarische Fiktion im engeren Sinne denn als gedanklicher Impuls. Die Figur der „Friedensprophetin“ fungiert dabei als symbolische Stimme, die zur Besinnung auf grundlegende Tugenden aufruft: Besonnenheit, Verantwortungsgefühl und die Bereitschaft, eigene Überzeugungen immer wieder zu prüfen.

Der Text bewegt sich zwischen Essay, gesellschaftlicher Beobachtung und moralischer Reflexion. Politische Programme sucht man darin vergeblich – und gerade darin liegt seine Stärke. Hedrich interessiert weniger die schnelle Lösung als vielmehr die Frage nach der geistigen Verfassung einer Gesellschaft. Was hält eine Gemeinschaft zusammen? Und welche Haltung braucht der Einzelne, damit gesellschaftlicher Frieden überhaupt möglich bleibt?

Ihre Antwort fällt ebenso schlicht wie anspruchsvoll aus: Frieden beginnt nicht in politischen Parolen, sondern im Charakter. In der Fähigkeit, zuzuhören, im Respekt vor dem Gegenüber und im Bewusstsein persönlicher Verantwortung. Tugenden also, die in Zeiten beschleunigter Empörung und moralischer Selbstgewissheit nicht immer selbstverständlich erscheinen.

Der Stil der Autorin bleibt bewusst zugänglich und gelegentlich appellativ. Doch diese Direktheit wirkt weniger belehrend als vielmehr einladend.

Die Friedensprophetin fordert nicht Zustimmung, sondern Aufmerksamkeit – und vielleicht ein wenig Selbstprüfung.

Am Ende erinnert das Buch an eine Einsicht, die ebenso einfach wie unbequem ist: Der Zustand einer Gesellschaft entscheidet sich selten an großen Programmen. Meist entscheidet er sich an der Haltung der Menschen, die in ihr leben.

Meine Empfehlung, wenn wir nicht nur über den Tellerrand schauen, sondern die innere Haltung kultivieren wollen.

4. Zu guter Letzt

Alles geben!

Die Bundesrepublik Deutschland tapfer zu verteidigen ist der Anspruch an jeden Zeitsoldaten und an jeden Berufssoldaten der Bundeswehr. Diesen Anspruch stellen wir Bürger zu Recht an unsere Soldaten, denn sie sollen im Verteidigungsfall unser Deutschland vor uns angreifenden Feinden schützen. Ein Angriffskrieg ist Deutschland laut Grundgesetz verboten. So heißt es in Artikel 26 Absatz 1: Handlungen, die geeignet sind und in der Absicht vorgenommen werden, das friedliche Zusammenleben der Völker zu stören, insbesondere die Führung eines Angriffskrieges vorzubereiten, sind verfassungswidrig. Sie sind unter Strafe zu stellen.

Wenn der Feind also die Grenze überschreitet und unsere Familien, unsere Heimat, unser Deutschland bedroht, dann heißt es auf zu den Waffen und alles geben, um unser Vaterland zu schützen. Alles geben heißt mutig sein und im Zweifel auch das eigene Leben einzusetzen. Das gilt auch für die Wehrpflichtigen, denn die Wehrpflicht ist nur ausgesetzt und nicht abgeschafft. Auch von allen Wehrpflichtigen erwarten wir zu Recht, dass sie alle für Deutschland geben und mutig für ihr Land kämpfen. Nur mit diesem Geist in der Truppe und in der Bevölkerung können wir eine der Grundlagen für

eine erfolgreiche Verteidigung und auch für eine erfolgreiche Abschreckung von potentiellen Angreifern legen.

Nun sehen wir aber zweierlei: Einerseits nimmt aufgrund der sozialistischen Propaganda gegen die Bundeswehr die Bereitschaft unser Vaterland gegen jeden Feind zu verteidigen laut Umfragen stetig ab. Andererseits drängt sich der Eindruck auf, dass zu viele Spitzenpolitiker und Minister der sozialistischen Parteien von Die Linke (vormals Mauerschützenpartei SED) über Grüne und SPD bis CDU den Artikel 26 des Grundgesetzes nicht kennen und keine Lehren aus zwei verlorenen Weltkriegen gezogen haben.

Verteidigungsminister, die von Kriegstüchtigkeit sprechen, oder Kanzler und Außenminister, die den Dialog mit Russland verweigern, sind sicher nicht hilfreich für die Bereitschaft den Wehrdienst zu leisten. Erinnern wir uns an die großen Vorbilder der deutschen Geschichte des 20. Jahrhunderts: Gustav Stresemann, Außenminister, hat die Verständigung nach dem 1. Weltkrieg mit Frankreich gesucht und dafür gemeinsam mit dem französischen Außenminister Aristide Briand 1926 den Friedensnobelpreis bekommen. Konrad Adenauer, Bundeskanzler, flog 10 Jahre nach Kriegsende in die Sowjetunion, sprach dort mit ZK-Generalsekretär Nikita Chruschtschow und holte die deutschen Kriegsgefangenen heim. Willy Brandt versöhnte 1970 Deutschland mit Polen. Gerhard Schröder pflegte ein gutes Verhältnis zu Wladimir Putin und sicherte uns mehr billiges russisches Erdgas (Nordstream I + II). Nur, wenn die Regierungspolitiker offen für Gespräche und einen Interessenausgleich sind, können sie zu Recht erwarten, dass die Soldaten und Wehrpflichtigen alles für Deutschland geben und es jederzeit tapfer verteidigen werden. Positive Beispiele für kluge Politiker gibt es also genug, denn meine Auswahl ist nicht erschöpfend. Leider sehen die letzten 20 Jahre in dieser Hinsicht ziemlich ernüchternd aus. Die Schlussfolgerung kann nur sein: Entweder die Bundesregierung will eine friedliche Koexistenz mit Russland oder sie muss durch eine AfD-Regierung abgelöst werden. Frieden in Freiheit mit Völkerverständigung jetzt! Dann klappt auch mit dem Wehrwillen der Deutschen!